

## 6 Web 2.0, Obama und Demokratie

*„Es gibt nur ein Werkzeug, eine Plattform,  
das den Amerikanern erlaubt,  
die Regierung wieder in Besitz zu nehmen,  
und das ist das Internet.“*

Joe Trippi, Wahlkampfmanager der Demokraten (1)

Nach der bewegenden Nacht zum 5. November 2008 stürzten sich die euphorisierten Frauen und Männer um Barack Obama in die Arbeit. „Die neue Ära“ sollte so schnell wie möglich beginnen, auch wenn es bis zum 20. Januar 2009, dem Tag des Amtswechsels im Weißen Haus, noch eine geraume Zeit dauern würde. Dennoch gab es auch in der „Transition“-Zeit genug zu tun. Vor allem mit dem Einlösen des Versprechens auf mehr Demokratie sollte unverzüglich begonnen werden.

„Wir sind die, auf die wir gewartet haben“, hatte Obama schon im Wahlkampf seiner Anhängerschaft mutig zugerufen; nun sollten diesen verheißungsvollen Worten, die von einem neuen „Wir-Gefühl“ der Amerikaner künden sollte, von einer neuen Einbeziehung der Bürger in die Politik Washingtons, Taten folgen. Das viel gepriesene „crowd-sourcing“, die Nutzung der „Schwarmintelligenz“ der Massen, eines der großen Versprechen der Web-2.0-Welt, sollte im Dienste der Obama-Mannschaft sogleich starten.

Binnen 48 Stunden war auf der neu geschaffenen Website Change.gov ein „Citizen’s Briefing Book“ eingerichtet. Der Wahlsieger forderte die US-Bürger auf, sich mit Ideen und Vorschlägen zu melden, um noch vor der Zusammensetzung einer neuen Regierung Zeichen zu setzen, was die Menschen von dem „neuen Amerika“, von dem versprochenen „Wandel“ konkret erwarten konnten. Und die Anregungen und Wünsche sollten von den Bürgern gleich auch beurteilt werden. „Die Bestbenoteten werden an die Spitze gestellt, und nach der Inauguration werden wir sie ausdrucken und binden wie die (Papiere), die der Präsident jeden Tag von Experten und Beratern erhält“, kündigte Obamas Top-Beraterin und enge Vertraute Valerie Jarrett an.

Das Projekt konnte durchaus als Erfolg bezeichnet werden. Bis zum Amtswechsel kamen 44.000 Vorschläge, 1,4 Millionen Bürger stimmten über sie ab. Dennoch wurde es zu einer der ersten kalten Duschen für den ambitionierten Obama und sein hochmotiviertes Team. Absoluter Spitzenreiter unter den meistunterstützten Ideen war der Wunsch nach Legalisierung von Marihuana. Erst mit weitem Abstand folgten Steuer-

erhöhungen für die Reichen. Ein weiterer Hit bei den Vorschlägen war die Legalisierung von Online-Poker, das Bush noch verboten hatte. Auch die Zubilligung von Steuererleichterungen für die Scientology Kirche gehörte in die Top-Charts der Abstimmung. Kein Wunder, dass die Veröffentlichung dieser Ergebnisse von dem ansonsten so PR-bewussten Obama-Team eher geräuschlos stattfand.

Obama will nicht nur ein „großer Präsident werden“. (2) Er will auch mehr Demokratie wagen. „Change“ war eines der Zauberworte des Wahlkampfes, es brauche einen fundamentalen „Wandel“, damit die „Politik der Sonderinteressen“ und die Raumschiff-Mentalität des politischen Establishments in der Hauptstadt Washington beendet werden könne, forderte Obama 2008, damals immerhin schon vier Jahre Senator im US-Kongress. Er beteuerte, er werde als Präsident Parteigrenzen überwinden, einen neuen Politikansatz verwirklichen. Vor allem aber entwarf er die Vision einer neuen Form der Bürgerbeteiligung, die vor allem mittels des Web 2.0 ermöglicht werden sollte.

Am Tag, als er als Präsident vereidigt wurde, verkündete die Website des Weißen Hauses binnen Stunden als erstes: „Change has come to America“, der Wandel ist in Amerika angekommen. Und nur einen Tag später verkündete Obama in einem veröffentlichten Memorandum an alle US-Regierungsbehörden die Absicht, ein bisher unbekanntes Maß an Transparenz und Partizipation der Bürger an der Regierungsarbeit anzustreben.

„Regierungen sollten partizipatorisch sein. Die Einbindung der Öffentlichkeit verstärkt die Leistungsfähigkeit der Regierung und verbessert die Qualität ihrer Entscheidungen. Beamte können sich das Wissen, das über die Bevölkerung verteilt ist, zunutze machen. Abteilungen und Behörden der Regierung sollten den Amerikanern vermehrt die Möglichkeit geben, den politischen Kurs mitzubestimmen und auch ihrer Regierung die Vorteile der kollektiven Sachkenntnis und (des kollektiven) Wissens anbieten. Die Abteilungen und Behörden der Regierung sollten die Öffentlichkeit um Beiträge bitten, wie die allgemeine Teilnahme am Regierungsprozess verstärkt und verbessert werden kann.“

Diese Worte versprechen in der Tat für die älteste Demokratie der Moderne eine neue politische Ära. Obama erfüllte mit ihnen die höchsten Erwartungen der Internetapologeten in aller Welt. Zu Recht verfolgte spätestens ab dem 21. Januar 2009, dem Tag nach der Vereidigung, die amerikanische, aber auch die globale Web-Gemeinde, ob Obama seine Versprechen wahr machen werde.

Ein wichtiger erster Schritt sollte sein, dass Gesetzentwürfe, vor allem aber die vom Kongress bereits verabschiedeten Gesetze, vor ihrer Unterzeichnung durch den Präsidenten fünf Tage auf die Website des Weißen Hauses gestellt werden sollten. „Die Öffentlichkeit soll Gelegenheit haben, sie zu prüfen und zu kommentieren, bevor der Präsident sie unterzeichnet“, hatte Obamas Internetchef Phillips vollmundig verkündet. In Blogs des Präsidentschafts-Portals sollten Bürger die Chance haben, zu kommentieren, zu kritisieren und Vorschläge zu machen.

So kühn der Plan war, so wenig wurde er umgesetzt. „Ein Schinken-Sandwich ist transparenter als diese Regierung“, schrieb der Informationsexperte Jim Harper vom Cato-Institut in Washington im Juli 2009. Obama habe viele Versprechungen über Transparenz gemacht, aber nur wenige gehalten. Lediglich eines von 61 Gesetzen, die Obama bis Juli 2009 unterzeichnet hatte, war wie versprochen fünf Tage zuvor auf der Webseite zu lesen gewesen.

Wer immer auch die unrealistische Vorstellung gehabt haben sollte, Obama und das Weiße Haus würden in einer ständigen Diskussion über politische Projekte und Gesetze bleiben können, wurde bald eines Besseren belehrt. Das Präsidentenamt wurde zwar dank des modernisierten Internetauftritts deutlich transparenter und informativer, als es je zuvor gewesen war. Dem Weblog des Weißen Hauses fehlt allerdings die wichtigste Eigenschaft des Web 2.0: die Interaktivität. Es bietet keine Möglichkeit, Kommentare zu hinterlassen. Der Erfinder des RSS (3), Dave Winer, hatte schon kurz nach dem Amtsantritt Obamas von einer „großen Enttäuschung“ gesprochen, das Weiße Haus habe die „Feigheit“ großer Konzerne und biete nur „Einbahnstraßen-Web“.

Aber wie um alles in der Welt sollte das Weiße Haus mit einer Freischaltung offener Blogs verhindern, dass ausgerechnet dort nicht die dunkle Seite des Web 2.0 die Oberhand gewinnt? Wie könnten die sattsam bekannten Wutausbrüche und Hassbotschaften, all die Aggressivität und Emotionalität der Blogger, wie die sinnlose Destruktivität von Hackern und das lautstarke Tosen von allerlei subversivem Volk und extremistischen Gruppen gebannt werden? Entweder man errichtet hohe Barrieren oder aber betreibt einem enormen Aufwand an Pflege der Website – das Weiße Haus müsste einen gigantischen Stab von Mitarbeitern beschäftigen, um einen wirklich interaktiven Blog managen zu können.

Auf Obama wartete in den ersten Monaten seiner Präsidentschaft eine ganze Fülle frustrierender Erlebnisse mit den politischen Realitäten Washingtons.

Beispielsweise muss er sein Versprechen brechen, künftig „Schluss zu machen“ mit „Pork barrels“ (sinngemäß: Fleischtöpfe) (4), einer besonders undurchschaubaren Methode amerikanischer Politik. Mit diesen versteckten Wohltaten pflegen Abgeordnete und Senatoren meistens ihr Klientel im Heimatwahlkreis oder Heimatstaat, suchen sich die Unterstützung von Wählern und Gönnern zu erkaufen. Da werden dann verschlafene Flughäfen luxuriös ausgestattet, sinnlose Brücken gebaut oder absurde Museen finanziert. Über 9.000 solcher „Earmarks“ (wörtlich: Eselsohren) zierten schließlich im Frühjahr 2009 verabschiedete Gesetzespakete und genehmigte Etats zur Ankurbelung der Konjunktur.

„Ich habe nie gesagt, dass es leicht werden wird“, war ein Satz, den der Präsident in seinem ersten Amtsjahr sehr häufig sagen musste – denn ihn begleiteten riesige Erwartungen auf fast allen politischen Feldern. Insbesondere aber die Apologeten der Web-Welt starteten fasziniert auf den Politiker, der fast alle ihre optimistischen Visionen versprochen hatte umzusetzen. Sie glaubten, dass in der Kombination Obama und Web 2.0 eine neue, bessere Ära der Demokratie anbrechen werde. Nach den Vorstellungen dieser Idealisten wird schon das Potential der neuen Technologien zumindest in der freien Welt zwangsläufig mehr Demokratie und Gerechtigkeit mit sich bringen. Alle ihre Hoffnungen liegen auf einer emanzipierten Netzgesellschaft, auf der „Schwarmintelligenz“ der Millionen User und der Demokratisierung der Kommunikation.

Die Blogger, Umweltaktivisten und Politikberater Markos Moulitzas Zúniga und Jerome Armstrong schwärmten schon 2006 in einem gemeinsamen Buch von einer „Utopie der ‚interaktiven Demokratie‘“. (5) Auch der Internetspezialist und Präsident des „New Democrat Network“ (Washington), Simon Rosenberg, prophezeit eine „radikale Demokratisierung von Information, Wissen und Macht“ und „Demokratisierung der Demokratie“ (6). Die beiden US-Unternehmensberater Don Tapscott und Anthony D. Williams beschreiben in ihrem Buch: „Wikinomics. How mass collaboration changes everything“ (7) neue Möglichkeiten demokratischer Bewegungen, beispielsweise um den „Kampf gegen die Klimakatastrophe“ zu organisieren.

Auch in Deutschland geraten manche ins Schwärmen angesichts der Aussichten einer digitalisierten Demokratie: „Erstmals in der Geschichte moderner Demokratien ermöglichen neue Kommunikationstechnologien eine umfassende Emanzipation der Bürger vom mächtigen ‚Vater Staat‘ und den etablierten Parteimechanismen. In Zukunft wird der Bürger nicht nur alle vier bis fünf Jahre Einfluss via Stimmabgabe ausüben, sondern permanent: durch seine über Internetplattformen strukturierten Politikempfehlungen, Ideen und Mitwirkungsmöglichkeiten wie virtuelle Kampagnen.“ Dermaßen begeistert schreiben

die Begründer des Think-Tank Atlantische Initiative, Johannes Bohnen und Jan-Friedrich Kallmorgen. (8) Dabei gehe es „nicht um die Schwächung der repräsentativen Demokratie, sondern um deren Weiterentwicklung und Stärkung“.

Der Glaube an solche Heilsversprechen ist schon deshalb irritierend, weil jeder sehen kann, welche gigantischen Massen Informationsmülls tagtäglich im Internet verbreitet werden. Es hat wohl kaum jemals so viele und so weit verbreitete Verschwörungstheorien, Verleumdungen und Hasskampagnen gegeben wie heute – auch dank des Internets. Auch die viel gepriesenen neuen Mobilisierungsmöglichkeiten entlarvten rasch ihr doppeltes Gesicht: Wo „Graswurzel“-Bewegung draufstand, war oft genug nur „Astroturfing“ drin. Aber unabhängig davon, ob solche Proteste echt oder fabriziert waren, demonstrierten im Sommer 2009 die „Tea Parties“ der US-Rechten, die Desinformations-Kampagnen über die Gesundheitsreform oder die turbulenten Bürgerversammlungen, dass das Web 2.0 ebenso für alle möglichen Zwecke instrumentalisierbar werden kann wie alle anderen bekannten Techniken.

Auch in einer völlig vernetzten, hochkommunikativen und transparent scheinenden Gesellschaft gibt es keine Hinweise darauf, dass etwa ein Zivilisationssprung bevorstehen könnte, sich eine neue, bessere politische Kultur durchsetzen würde und sich an den weniger erfreulichen menschlichen Verhaltensweisen und Eigenschaften irgendetwas ändern sollte. Eher im Gegenteil.

„Es ist eine ironische Entwicklung, dass ausgerechnet das Online-Programm, mit dem wir Fakten über die Reform der Krankenversicherung zur Verfügung stellen wollten, eine Zielscheibe von Panikmache und Online-Gerüchten geworden ist“, klagte sichtlich etwas verbittert Obamas Chefstrategie fürs Internet, Macon Phillips, Anfang August auf der Website des Weißen Hauses. Mit einer E-Mail-Offensive und einer „Reality Check“-Website wollte Obamas Team über die wahren Reformziele der Demokraten aufklären.

Die Initiative hatte allerdings einen gewissen Bumerangeffekt bewirkt: Es gab zunächst einmal zahlreiche Klagen über unwillige E-Mail-Empfänger, die wissen wollten, wieso das Weiße Haus überhaupt ihre Adresse hatte. Auch in dem weniger Datenschutz-sensiblen Amerika war es für viele Bürger irritierend, dass die Regierung sie direkt per E-Mail ansprechen konnte, ohne dass sie dazu je ihre Zustimmung gegeben hatten.

Zudem lösten Obamas Info-Botschaften eine Gegenflut an „Verschwörungstheorien und Fehlinformationen“ aus, wie Phillips klagte. Das Weiße Haus musste eigens die für die Debatte zur Verfügung gestellte E-Mail-Adresse sperren.

Ohne Zweifel eröffnen die interaktiven Möglichkeiten des Internets eine Verbesserung der Kommunikation zwischen Bürger und Staat, ergeben sich theoretisch neue, unkomplizierte Mitbestimmungsmöglichkeiten in vielen Bereichen. Schon jetzt können in den USA wie auch bei uns zahlreiche Behörden und Einrichtungen digital erreicht und angesprochen werden. Wie auch auf den Webseiten der Unternehmen gibt es hier Optionen für Fragen, Kritik und Anregungen. Viel weiter geht es aber nicht.

Sehr viel mehr Optionen offeriert Web 2.0 für Effizienzsteigerungen der Regierungsarbeit. Mit neuen Möglichkeiten von „Networked Governance“ werden die politisch relevanten Akteure – wie Gewerkschaften, Verbände, Stiftungen oder Unternehmen – besser in die politischen Prozesse miteinbezogen werden. „Die traditionellen Formen eines von Hierarchien und verkrusteten politischen Konsultationsverfahren geprägten Politikstils werden dabei ergänzt und von neuen Formen politischer Einbindung irgendwann womöglich komplett abgelöst“, schreibt Annette Heuser, Leiterin der Bertelsmann-Stiftung in Washington, mit Blick auf die Demokratisierungsanstrengungen Obamas. (9) Sehr viel nüchterner und realistischer spricht sie von wachsender Einbindung der Bürger – ohne aber gleich die faktische Abschaffung der repräsentativen Demokratie zu beschwören.

In manch gesellschaftlichen Bereichen hat die neue Interaktivität tatsächlich Abläufe gravierend verändert und zuweilen auch demokratisiert. Medien-Professor Jeff Jarvis berichtet, dass er für sein Buch „Was würde Google tun“ die „Schwarmintelligenz“ des Netzes genutzt und viele Fragen und Themen zur Erörterung auf seine Webseite gestellt habe – und die Ergebnisse in sein Buch einfließen.

Beispiel Universitäten: „Ein persönliches Erlebnis hat mich kürzlich den Glauben an die basisdemokratische Funktion des Internets gelehrt“, berichtete Prof. Stefan Selke (10). Ein gesellschaftskritischer Artikel von ihm sollte nicht veröffentlicht werden, also stellte er ihn auf seinen Blog. Binnen 24 Stunden habe der Text dort so viele zustimmende Kommentare erhalten, „dass sich diejenigen, die den Artikel zuerst abgelehnt hatten, zum Umdenken genötigt sehen“.

Selke berichtete von einer sogenannten „user-generated conference“, für die sich jeder vorab im Netz mit einem Vortrag anmelden könne. Bevor die reale Konferenz stattfindet, kommentieren und diskutieren Besucher der Website die vorgeschlagenen Themen. Welche Sessions dann tatsächlich abgehalten werden, entscheidet allein die Zahl der Online-Anmeldungen. „Eine Themenkonkurrenz, die ganz automatisch herausfiltert, was interessant ist.“

Was für eine hässliche, zuweilen totalitär anmutende Seite das Internet hat, belegen die zahlreichen PR-Spezialagenturen, die Privatkunden wie Unternehmen ein individualisiertes Web-Monitoring und „Online Reputation Management“ anbieten. Manche Firmen verfügen über kleine Blogger-Armeen, um mit positiven Einträgen und Kommentaren Negativ-Kampagnen oder Verleumdungen etwas entgegenzusetzen. US-Firmen wie „Reputation Defender“ versuchen im Netz, unliebsame Einträge über ihre Auftraggeber zu entfernen. Wo das nicht gelingt, werden kurzerhand Gegeninhalte erstellt, um die Firmen in ein positives Licht zu rücken. Denn rechtlich sind die Optionen von Internetopfern sehr begrenzt. Immer häufiger müssen sich Bürger ebenso wie Institutionen oder Firmen gegen Diffamierungen und Fehlinformationen schützen – was angesichts der fast grenzenlosen Internetfreiheit außerordentlich schwierig, zuweilen unmöglich ist.